Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4686**
17. Wahlperiode 09. 02. 2011

Antrag

der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Viola von Cramon-Taubadel, Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Ute Koczy, Tom Koenigs, Agnes Malczak, Kerstin Müller (Köln), Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Belarus – Repressionen beenden, Menschenrechtsverletzungen sanktionieren, Zivilgesellschaft stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag verurteilt nachdrücklich das brutale Vorgehen der belarussischen Miliz gegen Führungskräfte und Anhänger der Opposition, die Festnahmen von rund 700 Demonstranten und die Verfolgung der zivilgesellschaftlichen Kräfte seit den Präsidentschaftswahlen vom 19. Dezember 2010. Dieses Vorgehen ist Ausdruck einer völligen Missachtung europäischer Werte und Regeln durch die Regierung von Präsident Alexander Lukaschenko. Es bedeutet einen herben Rückschlag für die Demokratisierung und Annäherung des Landes an die Europäische Union.

Der Deutsche Bundestag fordert die Regierung Lukaschenko auf, umgehend alle inhaftierten politischen Gefangenen frei zu lassen und die Repressionen gegen Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und unabhängige Medien zu beenden.

Der Deutsche Bundestag erkennt die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen nicht an, sie waren weder frei noch fair und es gab erhebliche Abweichungen von den Standards demokratischer Wahlen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Nr. 1790 vom 27. Januar 2011 zur Situation in Belarus nach den Präsidentschaftswahlen und bestärkt den Europarat darin, seine Beiträge zur Stärkung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Belarus fortzusetzen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt ausdrücklich, dass der Rat für Auswärtige Angelegenheiten am 31. Januar 2011 Reisebeschränkungen und das Einfrieren von Vermögenswerten für Präsident Alexander Lukaschenko und diejenigen Personen beschlossen hat, die für die Gewaltaktionen, die politischen Repressionen und für die Fälschung der Wahlergebnisse verantwortlich sind.

Die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) soll bei der nächsten Gelegenheit eine Generaldebatte über die Lage in Belarus erwirken und einen kritischen Antrag zur dortigen Entwicklung einbringen.

Die Kontakte mit der belarussischen Opposition und deren öffentliche Unterstützung bleiben wichtig und dienen der Ermutigung. Bisherige Veranstaltungsaktivitäten wie zum Beispiel das Minsk-Forum sind entsprechend der politischen Situation anzupassen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich weiterhin für die Freilassung der politischen Gefangenen einzusetzen und darauf hinzuwirken, dass der freie Zugang zu den Gefangenen, ihre medizinische Versorgung und Rechtsbeistand sichergestellt sind, solange sie sich im Gefängnis befinden;
2. den Opfern der Repression jede mögliche finanzielle und rechtliche Unterstützung zu gewähren;
3. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, im Schengenraum die Visumpflicht für die Bürger und Bürgerinnen von Belarus aufzuheben;
4. die Tätigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen sowie unabhängiger Medien mit angemessenen Mitteln zu fördern und zu unterstützen;
5. Programme zur Unterstützung von Studierenden, insbesondere derjenigen, die von Studien in Belarus ausgeschlossen werden, zu stärken, Litauen und Polen bei der Unterbringung von Studenten zu unterstützen, zusätzliche Stipendien für belarussische Studierende an deutschen Hochschulen zu schaffen und dabei diejenigen deutschen Universitäten einzubeziehen, die sich bereits heute engagiert um Belarus kümmern, wie die Freie Universität Berlin und die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder;
6. in der EU dafür einzutreten, dass eine Teilnahme von Belarus an EU-Programmen dahingehend überprüft wird, dass ein nachweisbarer Nutzen für die Zivilgesellschaft und nicht für die Regierung sichergestellt ist sowie makrofinanzielle Hilfen durch den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Europäische Investmentbank (EIB), die European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) und die EU auf den Prüfstand gestellt werden;
7. die Zusammenarbeit mit dem Zivilgesellschaftlichen Forum der Östlichen Partnerschaft zu verstärken und die Zusammenarbeit mit Regierungsstellen bis zur Freilassung der politischen Gefangenen auf hochrangige politische Kontakte zu verzichten;
8. dafür einzutreten, dass sich die EU in diesen Fragen weiterhin eng mit den internationalen Institutionen und Partnern abstimmt, und sich insbesondere dafür einzusetzen, dass sie an Russland, das den Anspruch erhebt, mit der EU dieselben Ideen und Wertvorstellungen über Europas Identität und Zukunft zu teilen, herantritt, um die Entwicklung in Belarus mit dem Ziel zu erörtern, gegenüber Präsident Alexander Lukaschenko und seiner Regierung gemeinsam tätig zu werden;
9. sich in Abstimmung mit dem litauischen Vorsitz für Einwirkungsmöglichkeiten der OSZE in Belarus einzusetzen, damit das OSZE-Büro in Minsk seine Tätigkeit – einschließlich der Beobachtung der Menschenrechtslage und der Kontaktpflege zur Zivilgesellschaft – ebenso ungehindert fortsetzen kann wie der OSZE-Medienbeauftragte und das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (ODIHR);
10. sich dafür einzusetzen, in der OSZE den Moskau-Mechanismus zu aktivieren, um eine unabhängige internationale Kommission einzusetzen, die die Vorgänge vom 19. und 20. Dezember 2010 untersuchen soll;

11. diese Maßnahmen erneut zu überprüfen, sobald die politischen Gefangenen freigelassen und die grundlegenden Bürgerrechte wiederhergestellt sind.

Berlin, den 8. Februar 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333